

# Der falsche Weg

## Nein zur Abschaffung des Bildungsrats

Von Michael Weiss

**Die Motion Hofer, welche den Ersatz des Bildungsrats durch einen «Beirat Bildung» ohne Entscheidungskompetenz vorsieht, zielt am eigentlichen Problem vorbei. Und an diesem sind die mit der Motion sympathisierenden Parteien letztlich selber schuld.**

Obwohl der LVB durch die Abschaffung des Bildungsrats vermutlich kaum an Einfluss verlieren würde, spricht sich die LVB-Geschäftsleitung dagegen aus.

Immer, wenn Politikerinnen und Politiker die Unabhängigkeit oder die Kompetenzen ihnen nicht genehmer politischer Institutionen beschneiden oder diese Gremien gar abschaffen wollen, ist dies ein alarmierendes Signal.

### **LVB im Bildungsrat nicht selten in der Minderheit**

In den vier Jahren, in denen der Schreibende selbst dem Bildungsrat angehört, kam es nicht selten vor, dass er als Einziger anders abgestimmt hat als sämtliche anderen Bildungsratsmitglieder. Gerade in Abstimmungen, die er als richtungsweisend charakterisieren würde, war die Stimme des LVB oft auf der Seite der Minderheit. Selbst die Konstellation, in der er zusammen mit der amtierenden Bildungsdirektorin gegen den Rest des Bildungsrats unterlag, ist vorgekommen.

So gesehen hätte der LVB also wenig zu verlieren, würde dem Bildungsrat seine abschliessende Kompetenz, über Stundentafeln, Lehrpläne sowie die obligatorischen Lehrmittel zu entscheiden, weggenommen. Im Gegenteil: In einem «Beirat Bildung» könnte der LVB die Bildungsdirektion wohl sogar häufiger von seiner Minderheitenmeinung überzeugen.

Doch obwohl der LVB durch die Abschaffung des Bildungsrats vermutlich kaum an Einfluss verlieren würde, spricht sich die LVB-Geschäftsleitung dagegen aus. Die Gründe dafür sollen im vorliegenden Artikel dargelegt werden.

### **Grund 1 für die Beibehaltung des Bildungsrats: Die Abschaffung oder Entmachtung demokratischer Institutionen ist gefährlich**

Immer, wenn Politikerinnen und Politiker die Unabhängigkeit oder die Kompetenzen ihnen nicht genehmer politischer Institutionen beschneiden oder diese Gremien gar abschaffen wollen, ist dies ein alarmierendes Signal. Denn letztlich kennen wir ähnliche Vorgehensweisen vornehmlich aus Staaten, in denen es um demokratische Grundsätze generell schlecht bestellt ist. Entsprechende Entwicklungen sehen wir beispielsweise aktuell in der Türkei, in jüngster Zeit aber auch in einigen osteuropäischen EU-Staaten.

Natürlich ist der Entzug der Entscheidungskompetenz des Bildungsrats nicht zu vergleichen mit Vorgängen wie etwa der Abschaffung einer unabhängigen Justiz, wie wir sie derzeit in den erwähnten Ländern erleben. Gegen einen solchen Vergleich spricht nicht zuletzt, dass im Fall des Bildungsrats die Stimmbevölkerung das letzte Wort über dessen Abschaffung oder Beibehaltung haben wird. Dennoch muss der Versuch, eine bewährte und mit einer klar umrissenen Entscheidungskompetenz ausgestattete Behörde zu entmachten, auch vor diesem Hintergrund grundsätzlich hinterfragt werden. Dass die Stimmbevölkerung dies ebenfalls so sehen könnte, scheint mittlerweile den Motionären ihrerseits klar geworden zu sein, und so versuchen sie, ihre wahre Absicht wie der Wolf im Schafspelz dadurch zu verschleiern, dass sie im Landrat kurz vor der Schlussabstimmung noch durchsetzten, dass das Abschaffen des Bildungsrats aus dem Titel der Motion gestrichen wurde – was natürlich nichts daran ändert, dass es genau darum geht.

Selbst wenn wir anerkennen, dass ein demokratisches Staatswesen nicht notwendigerweise auf einen Bildungsrat angewiesen ist, so gehört es doch zu den



Matthew Stewart

### **Wolf im Schafspelz**

Der Landrat gibt im neuen Titel der Motion Hofer vor, die Bildung durch die Schaffung eines Beirats Bildung zu stärken, will aber in Wahrheit den Bildungsrat abschaffen.

fundamentalen Wesenszügen schweizerischer Politik, Entscheidungen möglichst breit abzustützen und Machtkonzentrationen zu vermeiden. Die Aufteilung der Erlassbefugnis zwischen Bildungsdirektion und Bildungsrat entspricht dieser Gepflogenheit. Schon allein deswegen tun wir gut daran, sie beizubehalten.

Der Erziehungsrat, der erst 2002 mit dem Berufsbildungsrat zum Bildungsrat fusioniert wurde, ist zudem eng mit der Gründung des Kantons Baselland verbunden. Stephan Gutzwiller, die prägende Persönlichkeit bei der Abspaltung des Baselbiets von der Stadt, war auch an der Einrichtung des Erziehungsrats, mit welchem der junge Halbkanton der besonderen Bedeutung der Bildung innerhalb der kantonalen Politik gerecht werden wollte, massgeblich beteiligt und präsidierte ihn von 1835 bis 1838 selbst. Und bereits um 1870 setzte sich der LVB erfolgreich für die Wiedereinsetzung des zwischenzeitlich vom Landrat abgeschafften Erziehungsrats ein.

Der Erziehungsrat, der erst 2002 mit dem Berufsbildungsrat zum Bildungsrat fusioniert wurde, ist eng mit der Gründung des Kantons Baselland verbunden.

Vermutlich haben schon im 19. Jahrhundert die Gegner des Erziehungsrats diesen als «nicht mehr zeitgemäss» kritisiert – so wie es seine heutigen Opponenten tun. Und vermutlich war dieses Argument schon damals genauso vorgeschoben, wie das heute der Fall ist.

### **Grund 2 für die Beibehaltung des Bildungsrats: Die Argumente der Motionäre sind falsch und unehrlich**

Diese beiden Motionäre, die FDP-Landräte Paul Hofer und Rolf Richterich, begründen die Notwendigkeit einer Abschaffung des Bildungsrats insbesondere damit, dass dieser finanzpolitische Entscheidungen treffen könne, ohne sie dem Parlament vorlegen zu müssen, was einen «unerträglichen Kostenfaktor» darstelle<sup>1</sup> und – gemäss dem ursprünglichen Titel der Motion – sogar verfassungswidrig sei. Tatsächlich ist es jedoch so, dass die für die Entscheidungen des Bildungsrats nötigen Verpflichtungskreditanträge (die sich insbesondere aus dem Lektionendeputat der Studententafel ergeben) jeweils von der Regierung gestellt

Immer, wenn Politikerinnen und Politiker die Unabhängigkeit oder die Kompetenzen ihnen nicht genehmer politischer Institutionen beschneiden oder diese Gremien gar abschaffen wollen, ist dies ein alarmierendes Signal. Schon allein deswegen ist die Abschaffung des Bildungsrats höchst fragwürdig. Der Erziehungsrat, der erst 2002 mit dem Berufsbildungsrat zum Bildungsrat fusioniert wurde, ist zudem eng mit der Gründung des Kantons Baselland verbunden. Stephan Gutzwiller, die prägende Persönlichkeit zur Zeit der Kantonsgründung, wurde 1835 zum ersten Erziehungsratspräsidenten gewählt.

Daran, dass der Bildungsrat von FDP und SVP bei der Umsetzung ihrer eigenen Vorstellungen von Bildungspolitik als hinderlich empfunden wird, sind diese Parteien nicht unschuldig.

Eine Gruppierung, die den Eindruck hat, im Bildungsrat ohnehin nichts erreichen zu können, interessiert sich auch nicht für ihre dortige Vertretung.

und vom Landrat bestätigt werden müssen.<sup>2</sup> Dies scheinen mittlerweile sogar die Motionäre selbst eingesehen zu haben, denn auch die Forderung nach «verfassungskonformen Entscheidungen» wurde auf deren Antrag hin in letzter Minute aus dem Titel der Vorlage getilgt.

Den Motionären geht es um etwas anderes: Sie möchten nach einem Vierteljahrhundert sozialdemokratischer Vorherrschaft in der Bildungsdirektion eine bürgerliche Transformation der Bildungspolitik vorantreiben – was immer dies genau bedeuten mag. Und hierbei empfinden sie den Bildungsrat als ein Hindernis, welches es zu beseitigen oder dem es zumindest die Zähne zu ziehen gilt. Daran, dass der Bildungsrat von FDP und SVP bei der Umsetzung ihrer eigenen Vorstellungen von Bildungspolitik als hinderlich empfunden wird, sind diese Parteien, wie im Folgenden aufgezeigt werden soll, jedoch nicht unschuldig.

Dem Bildungsrat gehören nebst der Bildungsdirektorin je eine Vertretung der Grünen, der SP, der CVP, der FDP und der SVP, drei Vertretungen der AKK (je eine für Primarschule, Sek I und Sek II), zwei Vertretungen der Wirtschaft (Wirtschafts- und Handelskammer), zwei Vertretungen der Arbeitnehmerorganisationen (Gewerkschaftsbund und LVB) sowie (mit nur beratender Stimme) eine Vertretung der Landeskirchen an.

Diese breite Zusammensetzung sollte dafür sorgen, dass die Interessen der meisten relevanten Anspruchsgruppen im Bildungsrat vertreten werden. Erste Voraussetzung dafür wäre allerdings, dass die Mitglieder des Bildungsrats in den jeweiligen Parteien, Verbänden und Konferenzen, welche sie vertreten, bestens verankert sind und von diesen als «ihre» Bildungsfachleute geschätzt und respektiert werden. Die zweite Voraussetzung wäre dann, dass Parteien und Verbände davon ausgingen, durch ihre Mitarbeit im Bildungsrat tatsächlich etwas bewirken zu können.

Diese beiden Voraussetzungen können einander gleichermassen positiv wie negativ verstärken. Eine Gruppierung, die feststellt, dass sie im Bildungsrat Einfluss nehmen kann, steht mit ihrer dortigen Vertretung in einem regelmässigen Austausch, brieft und unterstützt sie und vermehrt damit den eigenen Einfluss. Eine Gruppierung, die dagegen den Eindruck hat, im Bildungsrat ohnehin nichts erreichen zu können, interessiert sich auch nicht für ihre dortige Vertretung, wodurch deren Einfluss gering bleibt (es wirkt auch nicht motivationsfördernd, wenn ein Bildungsratsmitglied von der Interessengruppe, die es vertreten sollte, kaum wahrgenommen wird). In beiden Fällen bestätigt sich die Erwartungshaltung selbst.

Der Lancierung der Motion Hofer zur Abschaffung des Bildungsrats geht eine solche Abwärtsspirale voraus. Diese nahm ihren Anfang schon lange vor der

letzten Regierungsratswahl. BKSD, AVS und AKK waren über viele Jahre hinweg nicht nur an der Spitze, sondern praktisch in allen wichtigen Positionen mit bildungspolitisch links stehenden Personen besetzt. In den Bildungsratssitzungen, die von der BKSD vorbereitet wurden (und werden), dominierten dadurch mit wenigen Ausnahmen «linke Positionen», mit denen sich jedoch nicht selten auch die bürgerlichen (und von ihren Parteien wenig wahrgenommenen) Vertretungen im Bildungsrat solidarisierten.

Das gerne für den Fortbestand des Bildungsrats ins Feld geführte Argument, dieser stehe über parteipolitischen Strömungen, ist zwar nicht falsch, jedoch betreibt der Bildungsrat natürlich *auch* Bildungspolitik. Und dass diese Politik den Vorstellungen der linken Parteien in der Vergangenheit oft näherstand (und teilweise noch immer nähersteht) als denjenigen der bürgerlichen Parteien, lässt sich nicht abstreiten. Womit wir wieder beim eigentlichen Grund dafür angelangt sind, weshalb der Bildungsrat von den rechten Parteien FDP und SVP immer wieder attackiert wurde und wird – ungeachtet der Tatsache, dass sich der Souverän mehrfach für den Fortbestand des Bildungsrats mit seinen heutigen Kompetenzen ausgesprochen hat.

Unverständlich ist in diesem Zusammenhang allerdings, warum der seit jeher bürgerlich dominierte Landrat niemals Anstalten unternommen hat, die Zusammensetzung des Bildungsrats in seinem Sinne zu beeinflussen. Immerhin ist es ja, der – wenn auch auf Vorschlag der im Bildungsrat vertretenen Gruppierungen hin – die Mitglieder des Bildungsrats wählt. So hätte die bürgerliche Mehrheit im Landrat beispielsweise darauf bestehen können, dass die Dreiervertretung der AKK, welche ja die Gesamtheit der Lehrerinnen und Lehrer im Kanton repräsentieren soll, die unterschiedlichen bildungspolitischen Haltungen der Lehrerschaft abbilden müsse. Auch personelle Umgestaltungen, beispielsweise der Einbezug der Gemeinden oder der Schulleitungen, könnten auf konstruktive Weise zu Akzentverschiebungen oder Ausgleichsbewegungen im Bildungsrat führen.

Es zeugt nicht von besonderer Grösse und Selbstreflexion, wenn man ein Gremium, auf das Einfluss zu nehmen man über Jahrzehnte hinweg sträflich versäumt hat, letztlich darum abschaffen will, weil es vom politischen Gegner ernster genommen wurde als von einem selber.

### Beispiel Sammelfächer

In der sich abzeichnenden Volksabstimmung über die Abschaffung des Bildungsrats werden die Bildungsratsgegner mit grosser Sicherheit auf die unglückliche Rolle hinweisen, welche der Bildungsrat im Zusammenhang mit der geplanten, vom Volk aber verworfenen Einführung der Sek I-Sammelfächer «Räume, Zeiten, Gesellschaften» (mit Geschichte und Geografie) sowie «Natur und Technik» (mit Biologie, Chemie und Physik) gespielt hat.

Wir erinnern uns: Der Bildungsrat hatte – im Gegensatz zum LVB, zum Landrat und zur Bildungsdirektorin – die Initiative «Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer» abgelehnt. Als dann die Abstimmung eine deutliche Mehrheit für die Initiative ergab, folgte der Bildungsrat mehrheitlich dem vom damaligen AVS-Leiter (der hier erstaunlicherweise von seiner Chefin nicht gebremst wurde) bereits vor der Abstimmung deklarierten Vorgehen und teilte die Lektionen der nicht mehr möglichen Sammelfächer einfach linear auf die jeweiligen Einzelfächer auf – mit dem Resultat, dass diese Fächer über alle drei Sekundarschuljahre hinweg mit jeweils nur einer oder eineinhalb Lektionen in der Studententafel erschienen.

Ohne die teilweise tatsächlich sture Haltung des Bildungsrats schönreden zu wollen: Ein guter Teil des Problems entstand auch dadurch, dass die Wirtschafts-

Natürlich betreibt der Bildungsrat auch Bildungspolitik.

Unverständlich ist, warum der seit jeher bürgerlich dominierte Landrat niemals Anstalten unternommen hat, die Zusammensetzung des Bildungsrats in seinem Sinne zu beeinflussen.

Es zeugt nicht von besonderer Grösse und Selbstreflexion, wenn man ein Gremium, auf das Einfluss zu nehmen man über Jahrzehnte hinweg sträflich versäumt hat, letztlich darum abschaffen will, weil es vom politischen Gegner ernster genommen wurde als von einem selber.



Selbst innerhalb der Parteien FDP und CVP waren sich die wortführenden Vertreter der Wirtschaftsverbände und der Landratsfraktionen über die Lösung der Sammelfachfrage sowohl vor als auch nach der Abstimmung uneins.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Beziehung zwischen der 2015 neu gewählten BKSD-Vorsteherin Monica Gschwind und dem Bildungsrat schwierig begann, zumal die neue Direktionsvorsteherin den Bildungsrat mehrmals auf eine harte Probe stellte.

Im Nachhinein lässt sich sagen, dass die Zusammenarbeit zwischen der Bildungsdirektorin und dem Bildungsrat trotz Nebengeräuschen schlussendlich durchwegs gute Resultate hervorgebracht hat.

verbände, deren Stimme im Bildungsrat ein grosses Gewicht hat, in der Frage der Sammelfächer komplett anderer Meinung waren als diejenigen Parteien, welche am lautesten für sich reklamieren, die Interessen der Wirtschaft zu vertreten. Selbst innerhalb der Parteien FDP und CVP waren sich die wortführenden Vertreter der Wirtschaftsverbände und der Landratsfraktionen über die Lösung der Sammelfachfrage sowohl vor als auch nach der Abstimmung uneins.

Sollte sich die Bevölkerung in einer Abstimmung tatsächlich für den Ersatz des Bildungsrats durch einen Beirat ohne Entscheidungskompetenz entscheiden, wäre gemäss Landratsvorlage<sup>3</sup> den Wirtschaftsverbänden eine starke Stimme weiterhin auf sicher. Schaffen es die bürgerlichen Parteien also nicht, mit den von Vertretern ihrer Parteien getragenen Wirtschaftsverbänden hinsichtlich ihrer grundlegenden Ansichten zur Bildungspolitik ins Reine zu kommen, wird sie der etwaige «Beirat Bildung», auch wenn seine Stimme inskünftig nur empfehlenden Charakter hätte, bei der Verwirklichung ihrer Bildungsideale genauso «behindern», wie dies heute gelegentlich der Bildungsrat macht. Allerdings dürfte man dann vermehrt der oder dem gerade amtierenden Bildungsdirektorin respektive Bildungsdirektor die Schuld dafür geben.

Und auch dies müssten sich die bürgerlichen Bildungsratsgegner gut überlegen: Sollte die Bildungsdirektion dereinst wieder der politischen Linken zugeschlagen werden, wäre kein Bildungsrat mehr da, der den gestalterischen Willen der Direktion je nach Thema modifizieren oder abschwächen könnte. In diesem Zusammenhang sei beispielsweise daran erinnert, dass es in der Ära Wüthrich nicht zuletzt der Bildungsrat war, der dafür sorgte, dass die basellandschaftliche Variante des Lehrplans 21 auf der Sekundarstufe, die ab August aufsteigend in Kraft treten wird, Jahrgangsziele aufweisen und niveaudifferenziert sein wird.

### Die Beziehung normalisiert sich

Es ist nicht verwunderlich, dass die Beziehung zwischen der 2015 neu gewählten BKSD-Vorsteherin Monica Gschwind und dem Bildungsrat schwierig begann, zumal die neue Direktionsvorsteherin den Bildungsrat mehrmals auf eine harte Probe stellte: Statt mit ihrem im Bildungsgesetz vorgesehenen Beratungsgremium besprach sie etliche wichtige Fragen vorderhand lieber mit der von ihr selbst zusammengestellten Arbeitsgruppe «Marschhalt», in welcher der Bildungsrat lediglich über seinen Vizepräsidenten vertreten war. Nur ein gutes halbes Jahr nach Monica Gschwinds Amtsantritt reichten zudem zwei Vertreter ihrer Partei die Motion zur Abschaffung des Bildungsrats ein, die Gegenstand und Auslöser dieses Artikels ist, und die Bildungsdirektorin, die im August 2015 traditionsgemäss zur Präsidentin des Bildungsrats gewählt worden war, schlug sich in dieser Frage nie auf die Seite des von ihr geführten Gremiums. Ihre Kontakte zum Komitee «Starke Schule Baselland», das für nicht wenige Mitglieder des Bildungsrats ein rotes Tuch darstellt, sowie die Tatsache, dass ihr der Ruf einer rigorosen Sparerin vorausseilte, trugen weiter zur Verhärtung der Fronten bei.

In den harten Konflikten rund um die definitive Studententafel der Sek I haben sich zuletzt sowohl der Bildungsrat als auch die Bildungsdirektorin je einmal durchgesetzt: ersterer, als er an der Einführung der definitiven Studententafel per Schuljahr 2018/19 festhielt; letztere, indem sie mit viel Fingerspitzengefühl dem Bildungsrat einen Weg öffnete, um aus der Sackgasse der Einlektionenfächer wieder herauszufinden, ohne das Gesicht zu verlieren.

Im Nachhinein lässt sich sagen, dass beide Entscheide richtig waren und die Zusammenarbeit zwischen der Bildungsdirektorin und dem Bildungsrat trotz Nebengeräuschen schlussendlich gute Resultate hervorgebracht hat. Die neue Studententafel bringt nicht nur Gewinner hervor – das kann nicht ausbleiben, wenn ein immer gleich grosser Kuchen neu verteilt wird. Sie ist aber in ihrer Gesamtheit im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf klar besser, sie ist breit

akzeptiert, und dass das Kapitel «Übergangsstudenten» nun doch wie geplant abgeschlossen werden kann, ist ebenfalls positiv zu werten.

Der Eindruck des Schreibenden ist der, dass dieser schwierige, am Ende aber doch erfolgreich abgeschlossene Prozess, in dem wichtige Ergebnisse zugunsten der Schule erzielt wurden und aus dem beide Seiten als Gewinner hervorgingen, das Verhältnis zwischen der Bildungsdirektorin und dem Bildungsrat wesentlich entkrampft hat. Die Arbeiten am Lehrplan, die Frage einer Ausweitung der Lehrmittelfreiheit oder auch die geplante Reorganisation der Brückenangebote, welche den Bildungsrat seither beschäftigen, konnten jedenfalls in einer sehr konstruktiven Atmosphäre und ohne ideologische Grabenkämpfe behandelt werden.

Der schwierige, am Ende aber doch erfolgreich abgeschlossene Prozess rund um die Studententafel der Sekundarstufe I, in dem wichtige Ergebnisse zugunsten der Schule erzielt wurden und aus dem beide Seiten als Gewinner hervorgingen, hat das Verhältnis zwischen der Bildungsdirektorin und dem Bildungsrat wesentlich entkrampft.

### **Der Bildungsrat ist, was man aus ihm macht**

Spätestens dann, wenn die Baselbieter Stimmbevölkerung die Abschaffung des Bildungsrats, dessen Entstehung so eng mit der Entstehung des Kantons selbst verknüpft ist, ein weiteres Mal ablehnen sollte, wäre es an der Zeit, dass diejenigen, welche den Bildungsrat verteufeln, ihn nicht länger als Hindernis, sondern als Chance zu begreifen begännen und ihre Vertretungen im Bildungsrat entsprechend auswählen und behandeln würden. Zu hoffen wäre indes, dass ihnen das schon vorher gelänge.

Der Landrat wählt die Mitglieder des Bildungsrats auf Vorschlag der im Bildungsrat vertretenen Anspruchsgruppen hin. Gerade diejenigen Parteien, welche nun die Abschaffung des Bildungsrats fordern, haben sich aber nie Mühe gegeben, Persönlichkeiten in den Bildungsrat zu delegieren, die dort dezidiert die Haltungen ihrer Parteien vertreten. So konnte es geschehen, dass etwa in der Frage der Sammelächer selbst die Vertretungen der Wirtschaftsverbände im Bildungsrat eine andere Position einnahmen als die ihnen nahestehenden Parteien. Und auch wenn man dem Bildungsrat in diesem Zusammenhang eine gewisse Sturheit vorwerfen kann, so hat sich inzwischen doch auch unter der neuen Bildungsdirektorin eine konstruktive Zusammenarbeit entwickelt, in der in den wesentlichen Fragen am Schluss jeweils diejenige Seite die Oberhand behielt, welche die Position vertrat, die sich im Rückblick als richtig herausgestellt hat. Es wäre an der Zeit, dass auch diejenigen, welche den Bildungsrat verteufeln, ihn nicht länger als Hindernis, sondern als Chance zu begreifen begännen und ihre Vertretungen im Bildungsrat entsprechend auswählen und behandeln würden.

<sup>1</sup> <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/landrat-parlament/geschaefte/geschäftsliste/2016-januar-februar-001-bis-054/motion/2016-017.pdf>

<sup>2,3</sup> <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/landrat-parlament/geschaefte/geschäftsliste/geschaefte-des-landrats-juli-august-2017/vorlagen/2017-273.pdf>